

# Energiewende in Bayern

*Ein Beitrag von Milena Luidl,  
Praktikantin von Uwe Kekeritz*

Seit der Reaktorkatastrophe im Frühjahr 2011 in Fukushima hat sich viel verändert. Auch in Deutschland hat die Bundesregierung eine 180 Grad Wende gemacht und den rot-grünen Atomausstieg wiederbelebt. Bayern will den heutigen Stromanteil von Kernenergie in 10 Jahren komplett ersetzen. Forderungen der Grünen sollen nun endlich umgesetzt werden. Doch wie glaubwürdig ist diese Kehrtwende in Bayern?

Am 24. Mai 2011 wurde das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung beschlossen. „Weg vom Öl und weg vom Atom“ ist hier das Motto und neun daran anschließende Herausforderungen werden vorgestellt. Es sollen unter anderem Erneuerbare Energien gefördert, Stromnetze ausgebaut, Infrastruktur klimafreundlicher gestaltet und Wärme eingespart werden. Zwei Monate später folgte eine Regierungserklärung von Seehofer: „Wir steigen bis spätestens 2022 um – von der Kernenergie in das Zeitalter der erneuerbaren Energien“. Die gesprochenen Worte klingen vielversprechend. Doch folgen ihnen auch konkrete Handlungen, um das Ziel bald zu erreichen?

Wirtschaftsminister Martin Zeil schränkt bereits im Zuge der Regierungserklärung die Euphorie ein: „So schnell wie möglich aussteigen, aber nicht schneller als möglich“.

Auch die im September 2011 ins Leben gerufene Energieagentur „Energie Innovativ“ entspricht nicht der angekündigten großen Energiewende. Mit Sitz im Wirtschaftsministerium und unter der Leitung von Martin Zeil und Umweltminister Markus Söder als Stellvertreter soll sie Anlaufstelle für Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Privatpersonen sein. Verschiedene Aufgaben laufen in der Energieagentur zusammen. Sie soll zunächst die landesweiten Aktivitäten (insbesondere von anderen Energieagenturen) koordinieren, Verbraucher, Unternehmen und Kommunen informieren und den Bedarf für neue Kraftwerke, Leitungen und Stromspeicher ermitteln. Obwohl es positiv zu bewerten ist, dass dieser erste Schritt gegangen wird, besitzt die Energieagentur nur eingeschränkte Aufgaben und die Kommunen, das Parlament und die Bürger werden in dem Prozess zu wenig beteiligt. Der wichtigste Kritikpunkt ist aber, dass sie keine wirkliche Umstrukturierung ist, wie sie eigentlich nötig

wäre, um die Energiewende ernsthaft voranzubringen.



In Gutenstetten hat die Energiewende längst begonnen – Photovoltaik vor Windkraft

Für den Ausstieg aus der Atomkraft und eine klimafreundliche Energieversorgung müssen die erneuerbaren Energien endlich verstärkt ausgebaut werden. Hier kann in Bayern der Schwerpunkt besonders auf Geothermie, Biomasse und Windkraft gelegt werden. Nach der Studie vom Bundesverband WindEnergie können 2% der Landesfläche für Windkraftwerke genutzt werden. Heute gibt es allerdings nur 412 Windkraftwerke in Bayern, im Vergleich zu 5.365 in Niedersachsen (Stand Ende 2010). Das Potenzial ist also noch lange nicht ausgeschöpft. Um den Sektor sinnvoll auszubauen, müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt und die Rahmenbedingungen zur Begünstigung von privaten Investitionen geschaffen werden.

Ein anderer Ansatzpunkt ist die effizientere und sparsamere Nutzung der Energie. Dafür kann beispielsweise der Wirkungsgrad einzelner Kraftwerke durch Kraft-Wärme-Kopplung bis auf 80 % (von momentanen 40%) gesteigert werden. Aber auch durch die bessere Dämmung von Gebäuden kann deutlich Energie gespart werden.

Trotzdem wird es eine Übergangszeit geben, bis 100% der Energieversorgung aus erneuerbarer Energie besteht. Erdgas (niedrigste CO<sub>2</sub>-Emission von fossilen Kraftwerken) ist hier eine sinnvolle Brückentechnologie. Außerdem müssen unabhängige Gutachten der noch laufenden Kernkraftwerke gemacht werden, um eine bestmögliche Sicherheit zu garantieren und sie gegebenenfalls nachzurüsten oder früher abzuschalten.

Die Landesregierung muss nun also zeigen, dass sie es mit der Energiewende ernst meint und diese großen strukturellen Veränderungen voranbringt.

*Milena Luidl*